



Keine Pestizide weit und breit

Neue Vorschriften bringen Wassergenossenschaften im Bayerischen Wald in Existenznot. Die zuständigen Behörden zeigen sich wenig kooperativ.

Karl Lenz ist sauer. Der Vorstandsvorsitzende der Wassergenossenschaft Rehberg sieht die Zukunft des Unternehmens und damit das Werk mehrerer Generationen bedroht. Und zwar nicht durch Misswirtschaft oder Konkurrenzdruck, sondern durch seiner Meinung nach überzogene Regulierung und Behördenwillkür. „Unsere Existenz steht unverschuldet auf dem Spiel“, sagt Lenz.

Mit der Befürchtung steht er nicht alleine da: Auch andere Wasser-eGs, die wie die Rehberger im Bayerischen Wald angesiedelt sind, bangen aus den gleichen Gründen um ihre Zukunft. Sechs der insgesamt 41 bayerischen Wassergenossenschaften haben sich deshalb zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Dazu veranstalten sie Protestaktionen und Informationsveranstaltungen mit Landtagsabgeordneten, Lokalpolitikern und der Presse. Erste Erfolge gibt es bereits: Neben Lokalzeitungen hat auch der Bayerische Rundfunk das Thema in der Sendung „quer“ aufgegriffen.

Auslöser des Protests ist eine Neufassung der Trinkwasserverordnung, die eine EU-Richtlinie umsetzt und vergangenes Jahr bekannt gemacht wurde. Sie soll sicherstellen, dass das Wasser in der Leitung frei von Keimen und Verunreinigungen wie Pflanzenschutzmittel-Rückständen ist. Dafür schreibt sie Grenzwerte, Schutzzonen rund um Brunnen

oder Untersuchungen des Wassers vor. Daran will Lenz nicht rütteln: „Tests sind in unserem eigenen Interesse. Schließlich trinken unsere Kinder das Wasser.“ Ihn stört die Häufigkeit der kostspieligen Untersuchungen, die kleine Wasserversorger anders als große städtische Versorger nur begrenzt auf ihre Kunden umlegen können. „Bei kleinen Genossenschaften würden die Preise durch die Decke gehen“, sagt Josef Ilg, Vorstandsvorsitzender der Wasserversorgungsgenossenschaft Vorderfreundorf im Landkreis Freyung-Grafenau.

Einwandfreie Wasserqualität

Beispiel Rehberg: Die Genossenschaft mit 49 Mitgliedern beliefert 51 Haushalte und versorgt damit alle 200 Einwohner des Orts. Im Jahr erwirtschaftet sie 6.000 Euro. Mit diesem Geld muss sie das Brunnenhaus, den Wasserspeicher und die Leitungen erhalten. „Da hilft das ganze Dorf ehrenamtlich mit“, sagt Lenz. Nur deshalb kann die Genossenschaft ihr Wasser derzeit zum sehr günstigen Preis von 45 Cent pro Kubikmeter anbieten. Zur Instandhaltung kommen aber noch die Wasserproben. Bisher waren das jährlich fünf Routineuntersuchungen für insgesamt 620 Euro. Alle fünf Jahre kam dann noch eine ebenfalls 620 Euro teure Untersuchung auf Pflanzenschutzmittel-Rückstände hinzu.

„Wir liegen bei allen Tests weit unter den Grenzwerten“, sagt Lenz. Dennoch

Das Aktionsbündnis: Hier mit der Landtagsabgeordneten Rosi Steinberger (6. v. re.) und Kreisrat Hans Madl-Deinhart (10. v. re.).

muss das Wasser aufgrund der geänderten Trinkwasserverordnung seit Anfang des Jahres häufiger untersucht werden. Das haben, so Lenz, die zuständigen Behörden festgelegt. Dazu gehören Landratsamt, Wasserwirtschaftsamt und Gesundheitsamt. Diese setzen die Trinkwasserverordnung in der Praxis durch – wie genau, liege aber zum Teil in deren Ermessen. Und so sollen die Tests auf Pestizid-Rückstände nun jährlich erfolgen. Zusätzlich stehen fortan jedes Jahr vier Proben auf das radioaktive Element Radon an.

Unbegründet sei das, findet Lenz. Die Bodenbeschaffenheit, die für den Radonwert verantwortlich ist, ändere sich nicht im Laufe eines Jahres, sondern wenn überhaupt in Jahrhunderten. Auch jährliche Pestizidtests seien überflüssig, denn Brunnen und Quellen der Genossenschaften lägen in Wasserschutzgebieten und Wäldern, wo weit und breit kein Bauer Pestizide ausbringe, sagt Ilg.

Taube Ohren bei den Behörden

Die Genossenschaften hoffen auf einen Kompromiss. Denn die Trinkwasserverordnung ließe es durchaus zu, den Untersuchungsrhythmus anzupassen, sagt Alfons Feicht, Vorstandsvorsitzender der Wassergenossenschaft Neureut. Auch bei der Frage, welche Art von Tests vorzunehmen sind, gebe es Spielraum. Für die Radonprüfung existieren zum Beispiel zwei Varianten, eine für jährlich 820 Euro, die andere für 2.688 Euro.

Die Behörden zeigen sich nach Ansicht der eGs bislang jedoch wenig kooperativ. „Auf meine letzte Anfrage, wann es eine Entscheidung gibt, welchen Radontest wir machen müssen, sagte mir eine Behördenleiterin nur ‚Das seht’s dann schon‘“, berichtet Lenz. Das Argument, dass Untersuchungen für mehrere tausend Euro pro Jahr existenzgefährdend sind, hätte sie nicht gelten lassen: „Dann verfünffacht halt den Preis“, sei der Kommentar gewesen. „Manchmal wäre in den Behörden ein wenig mehr Fingerspitzengefühl angebracht“, sagt Feicht, der ähnliche Erfahrungen gemacht hat.

Deshalb hat sich das Aktionsbündnis ein klares Ziel gesetzt: „Wir wollen mit den Behörden auf Augenhöhe sprechen und einen vernünftigen Kompromiss erzielen. Vorher geben wir keine Ruhe“, sagt Lenz. *aw*